

STUDIUM UND POLITIK IN TRIER

Erfolg versprechende Mischung



Gegen Studiengebühren: StudentInnen der Uni Trier bei der Demo im vergangenen Juni. (Foto: Anne Gast)

Die Trierer StudierendenvertreterInnen versuchen einen Spagat zwischen Fundamentalopposition und Detailkritik, zwischen politischer Interessenvertretung und Serviceangebot.

Es ist Dienstagabend, im Seminarraum B 22 versammelt sich das Studierendenparlament (StuPa) der Universität Trier zur ersten Sitzung im neuen Semester. Vor einigen Studierenden stehen Plastikeller mit Fischrikadellen aus der Abendmensa. Deutlich als Fraktion zu erkennen, sitzen in einer Ecke die Abgeordneten des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Hinter ihnen steht ein Tisch mit Brezeln und Weißwürsten, neben ihnen ein Edmund Stoiber aus Papp. Um dieses Bildnis des bayerischen Ministerpräsidenten entspinnt sich die erste Diskussion. "Ich zieh mich gleich aus, darf ich das auch?", ruft ein Abgeordneter. "Ich muss feststellen, das das StuPa zum Vergnügungspark verkommt", meint ein anderer. Doch nach einigen Minuten beginnt das Parlament die Tagesordnungspunkte abzuarbeiten. Wichtig ist unter anderem der Bericht, den der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) über die aktuelle Arbeit abliefern. Das StuPa kontrolliert und wählt den AStA und darf über den Haushalt der so genannten "Verfassten Studierendenschaft" entscheiden. Das StuPa wiederum wird von den StudentInnen gewählt, trotzdem wissen viele von ihnen gar nicht, dass es das StuPa gibt.

Den AStA hingegen kennen die meisten Studierenden von Anfang an. "Die haben in der Orientierungswoche viel für uns gemacht", berichtet Sarah Nase, die seit einer Woche an der Uni Trier Psychologie studiert. Tatsächlich hat der AStA vor allem zwei Aufgaben: Er ist zuständig für verschiedene Serviceleistungen und die politische Interessenvertretung der StudentInnen. Unter seiner Leitung entstehen

also einerseits Aktionen wie der Streik gegen Studiengebühren im vergangenen Juni, andererseits organisiert er das AStA-Kino oder stellt das Studierendenhaus für Partys zur Verfügung. In vielen Betätigungsfeldern des AStA sind die Bereiche Service und Interessenvertretung nicht klar zu trennen, beispielsweise bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zur Nutzung des Studienausweises auf ihren Strecken.

Der AStA gliedert sich in zwölf Referate, die für bestimmte Bereiche des studentischen Lebens zuständig sind oder bestimmte Gruppen vertreten. Beispielsweise gibt es das "Referat für Hochschulpolitik", das "Autonome Frauen- und Lesbenreferat", das "Referat für Behinderte und chronisch Kranke" oder das "Kulturreferat". Wer ein solches Referat für ein Jahr übernimmt, hat wenig Zeit für anderes. "Richtig studiere ich zurzeit nicht, die Arbeit nimmt im Durchschnitt 30 Stunden pro Woche in Anspruch", erzählt Kai Ostholthoff, Referent für Öffentlichkeitsarbeit. "Die meisten Leute sind mit Leib und Seele dabei". Und Anja Krause, jetzt Koordinatorin der rheinland-pfälzischen Landes-AStA-Konferenz, meint: Bei dieser Arbeit kann man sich zu den Themen wirklich klar positionieren."

Opposition gegen Studiengebühren

Wie jede Woche tagt der AStA im Studierendenhaus. Dabei geht es unter anderem um eine Stellungnahme zum so genannten "Studienkontenmodell" des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministeriums. Kai Ostholthoff und Sven Bingel wollen die Meinung der anderen ReferentInnen zum weiteren strategischen Vorgehen hören. Soll Fundamentalopposition geleistet werden oder eine sachorientierte Detailkritik an der Ausgestaltung des Studienkontenmodells?

Gegen dieses Studienkontenmodell wandte sich der StudentInnenstreik an der Uni Trier im vergangenen Juni, der jüngste Höhepunkt der Arbeit gegen Studiengebühren. Anlass war der Streik der nordrhein-westfälischen Unis gegen die dort beschlossenen 600 Euro Studiengebühren für Langzeitstudierende. Auch in Rheinland-Pfalz sollen Studierende von 2004 an zur Kasse gebeten werden, wenn sie eine gewisse Semesterzahl überschreiten. Das Studienkontenmodell sieht vor, dass Seminare

ab Überschreiten der doppelten Regelstudienzeit kostenpflichtig werden. Die Trierer StudentInnen befürchten vor allem, dass diese Gesetzesänderung einen Dammbuch darstellt: Würden Studiengebühren einmal grundsätzlich eingerichtet, könnten sie viel leichter Schritt für Schritt ausgeweitet werden.

Trotz verschiedener Aktionen konnten die StudentInnen die Einführung der Studienkonten nicht verhindern. Der harte Kern führte auch nach Ende des Streiks die Arbeit weiter. Schließlich erreichten sie einige Entschärfungen in den Details der Ausgestaltung. In den jüngsten Verhandlungen sicherte der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner der Trierer StudentInnen-Delegation unter anderem ein zusätzliches Kontingent für Alleinerziehende oder Behinderte zu. Hierzu mussten die StudentenvertreterInnen ein Stück von der Fundamentalopposition gegen Studiengebühren abweichen. "Nichtkonstruktive Mitarbeit" nennt Bingel den Spagat, bei dem es darum geht, dass die Kritik im Detail nicht als grundsätzliche Anerkennung des Modells gewertet wird.

Allgemeinpolitisch äußern dürfen sich die Mitglieder des AStA als VertreterInnen der Studierendenschaft nur in begrenztem Maße. Diesem Verbot des "allgemeinpolitischen Mandats" liegt die Argumentation zugrunde, dass sich jeder Studierende in der Zwangsgemeinschaft der Studierendenschaft befinde, und somit nicht entscheiden könne, ob der AStA allgemeinpolitische Aussagen für ihn trifft. Bingel kritisiert dies: "Die Studierenden sollen in den Wahlen darüber entscheiden, wie sich der AStA äußert. Wir wollen uns das nicht von Verwaltungsgerichten vorschreiben lassen."

In der Kombination von auffälligen Aktionen vieler StudentInnen und sanftem Druck auf die Verantwortlichen durch die StudierendenvertreterInnen sieht Ostholthoff eine Erfolg versprechende Mischung. "Während des Streiks gelang es, eine große Zahl der Studierenden zu politisieren", sagt StuPa-Präsident Fabian Schauern im Rückblick. Doch in weniger heißen Zeiten haben AStA und Fachschaften mit Personalmangel zu kämpfen. "Man muss sich immer mehr einfallen lassen, um die Leute für ihre eigenen Interessen eintreten zu lassen", sagt Krause. "Dabei kann jeder immer mitmachen, sei es in den Fachschaften oder im AStA. Auch die StuPa- und AStA-Sitzungen sind bis auf wenige Ausnahmen öffentlich", ergänzt Schauern. Als Sprungbrett für eine politische Karriere sieht er die hochschulpolitische Arbeit jedoch nicht: "Die meisten haben wirklich Spaß daran."

Anne Gast

kommentar

Auf nach Florenz!

Das ESF soll, die Lücke zwischen dem Weltsozialforum und den national organisierten Widerständen gegen den Neoliberalismus schließen.

Unter dem Wahlspruch "eine andere Welt ist möglich" findet vom 6. bis zum 10. November in Florenz das erste europäische Sozialforum (ESF; www.fse-esf.org) statt. Dabei treffen sich Einzelpersonen und Aktivisten aus NGOs, Gewerkschaften oder Parteien um sich über Theorie und Praxis für ein solidarisches Zusammenleben und gegen eine ausbeuterische Wirtschaft auszutauschen. Seit der Entstehung der sozialen Foren vor drei Jahren in Porto Alegre finden solche Treffen auf lokaler, nationaler, kontinentaler und weltweiter Ebene statt.

Das europäische Sozialforum hat sich drei Schwerpunkte gegeben: Globalisation und Neoliberalismus, Krieg und Frieden, Recht und Demokratie. In Florenz wird mit etwa 20.000 Menschen aus ganz Europa gerechnet, die in unzähligen Konferenzen, Rundtischgesprächen und Arbeitsgruppen diese Themen diskutieren möchten.

Die Bewegung der Sozialforen möchte die Opfer des Neoliberalismus und die Militanten für eine andere solidarische Globalisation weltweit untereinander verbinden. Gerade in Europa stehen den Bestrebungen, die einzelnen Länder in ein gemeinsames neoliberales Korsett zu zwingen, eine Vielzahl von in nationalen Traditionen verwurzelten Formen des Widerstandes gegenüber. Das kann zu einer Zersplitterung und Schwächung der Bewegung führen, aber auch zu einer größeren Vielseitigkeit und Stärke.

Nahezu 20 Menschen aus Luxemburg werden sich an diesem Treffen beteiligen. Sie erwarten sich interessante Diskussionen, ermutigende Projekte und Anregungen für die eigene militante Praxis hier in Luxemburg. Sie möchten nicht nur ein luxemburgisches Sozialforum (homepage.internet.lu/forum-socialux) als einen weiteren Verein aufbauen, sondern mit einer etwas anderen Dynamik eine bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gegnern des Neoliberalismus anregen. Auf dass aus dem italienischen Herbst ein luxemburgischer Frühling hervor gehe.

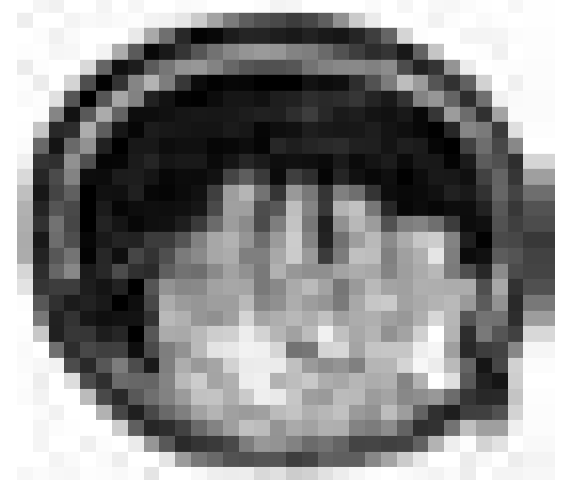
Claude Simon ist Mitglied der Friddensinitiativ und nimmt am Europäischen Sozialforum in Florenz teil.

Links, linker, am linken

Ein kritischer Blick auf Selbstverständnis und Perspektiven von "Déi Lénk".

Mippercher ...

... kréien an der woxx nët nëmmen d'Zweebeener, wat den Donneschdeg Nomëtteg méi no réckt. D'lescht Woch huet d'Ronja, eng vun de Redaktiouns-Mupplinnen, véier Klénger op d'Welt bruecht. Avis aux amateurs/trices: Si sinn nach nët all verginn.



(Zeechnung: Diane Welter, Giedel vun de Mippercher)

woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngesponn - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoons • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngesponn asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79